

## **01) Internationale Konferenz zur Geschichte und Erinnerung der national-sozialistischen Konzentrationslager**

digital  
Veranstalter  
Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten

**18.05.2021 - 21.05.2021**

Von  
Lara Raabe / Malte Beeker, Humboldt Universität zu Berlin

In ihrer Begrüßung formulierten AXEL DRECOLL (Oranienburg) und MICHAEL WILDT (Berlin) mehrere Kernanliegen der digitalen Konferenz im Mai 2021. Hierzu gehörte eine Bilanz der Geschichtsschreibung und Erinnerungsarbeit bezüglich der nationalsozialistischen Konzentrationslager, aber auch der Einbezug neuer Perspektiven der Wissenschaft aus In- und Ausland, insbesondere vor dem Hintergrund der globalen Dimension von Nationalsozialismus und Holocaust. Als weiteres Ziel der Konferenz nannten sie die Verflechtung von Wissenschaft und Erinnerungsarbeit, zumal diese, so hoben sie hervor, gegenwärtig noch unüblich sei. Eine besondere Rolle spiele dabei auch der Umgang mit Geschichte im virtuellen Raum und seine erinnerungspolitische Dimension.

In der Keynote-Lecture zeichnete SYBILLE STEINBACHER (Frankfurt am Main) die Entwicklung der KZ-Gedenkstätten nach und beklagte eine mit der Etablierung der Erinnerungskultur als Staaträson entstandene Sinnentleerung durch Emotionalisierung, Personalisierung und Opferzentrierung. Sie nannte dabei auch zukünftige Problemfelder. Angesichts des Abschieds von den Zeitgenossinnen und Zeitgenossen würden neue Wege einer medialen, digitalen Erinnerung gesucht. Hierbei hätten die KZ-Gedenkstätten Chancen und Grenzen der digitalen Vermittlung auszuloten. Schließlich sprach sich Steinbacher dafür aus, dass sich die Gedenkstätten als in die Gesellschaft hineinwirkende Akteure verstehen sollten, um Revisionismus und Nationalismus zu verhindern.

CORNELIA SIEBECK (Hamburg) machte im Panel I „Zugänge und Diskurse“ überzeugend deutlich, dass die Verräumlichung der NS-Verbrechen durch die sogenannte Gedenkstättenbewegung den bundesrepublikanischen Gedächtnisdiskurs wesentlich hin zu einer Festigung der Auseinandersetzung und Erinnerung verändert habe. Die Gesellschaftsverbrechen seien zu einer allgegenwärtigen, konkreten Tatsache geworden, zunächst auf lokaler Ebene, aber es sei auch eine Vernetzung auf Bundesebene entstanden. Siebeck postulierte, die Gedenkstättenbewegung habe bewirkt, dass die bundesrepublikanische Alltagswelt zu einem postnationalsozialistischen Lernraum geworden sei. Insgesamt zeichneten sich die Ausführungen von Siebeck durch eine starke Zentrierung der Bundesrepublik aus, wünschenswert wäre auch ein Blick auf die DDR gewesen.

HABBO KNOCH (Köln) wies in seinem Beitrag darauf hin, dass die Frage nach der Darstellbarkeit der nationalsozialistischen Verbrechen zugunsten eines Primats der Sichtbarmachung etwa durch Fotos oder durch (virtuelle) Simulationen in den Hintergrund gerückt sei. Anhand einer WDR-Produktion legte er dar, dass erstens ein Gegenwartsbezug symptomatisch für mediale Auseinandersetzungen mit den NS-Verbrechen sei. Zweitens sei gegenwärtig die Analyse der Defizite der Rezipierenden die Grundlage der Pädagogisierung der Holocausterinnerung. Knoch plädierte jedoch dafür, die Grundlage vielmehr in dem historischen Gegenstand selbst zu sehen und kritisierte so gleichermaßen

die Verwendung von erinnerungskulturell geronnenen Geschichtsbildern. Drittens sei das posthistorische Gedächtnis geprägt von einer neuen Form von Erinnerung, die durch Flüchtigkeit, Gleichzeitigkeit und Instabilität historischer Informationen definiert sei.

Im Panel II „Lager in der Gesellschaft“ ging es um die Einbettung der Lager in der NS-Gesellschaft. FRÉDÉRIC BONNESOEUR (Berlin) stellte erhellend die aktive Rolle der Stadtverwaltungen bei der Einrichtung und Etablierung der Konzentrationslager heraus. So habe die Stadtverwaltung Oranienburg früh Kredite für die Errichtung des dortigen Konzentrationslagers Sachsenhausen vergeben und darauf hingewirkt, dass lokale Unternehmen bei Aufträgen des Lagers bevorzugt gewählt würden. Insbesondere am Beispiel des Konzentrationslagers Buchenwald zeigte Bonnesoeur überzeugend auch die Bedeutung der Initiative des städtischen Verwaltungspersonals auf, wo der lokale Standesbeamte etwa bei der Neufassung der Formblätter für Feuerbestattungen im städtischen Krematorium Weimars maßgeblich für die Übersetzung der SS-Ideologie in die städtische Verwaltungspraxis gesorgt habe.

KERSTIN SCHWENKE (München) präsentierte ihre Forschungen zu Besichtigungen von Konzentrationslagern durch „Volksgenossen“, die vor allem in der Zeit von 1933 bis 1936 alltäglich gewesen seien. Es habe sich um unterschiedliche Besuchergruppen gehandelt wie Vertreter der SS, Angehörige des Lagerpersonals, Journalistinnen und Journalisten, Medizinerinnen und Mediziner sowie Künstlerinnen und Künstler oder gar Angehörige der Häftlinge. Die Inszenierung der Lager habe die SS den jeweiligen Besuchergruppen angepasst. Über die Besichtigung von Konzentrationslagern sei dabei der Dualismus von „Volksgemeinschaft“ und „Gemeinschaftsfremden“ demonstriert worden. Im Widerspruch zu Schwenkes Befund der Inszenierung der Lager durch die SS als gewöhnliche Haftstätten steht ihr Argument, dass die Bevölkerung über die Besuche zu Komplizen der Verbrechen geworden sei.

MARTIN CLEMENS WINTER (Leipzig) widmete sich dem Kriegsende mit dem Thema der Räumungstransporte und Todesmärsche bei der Auflösung der Konzentrationslager und bezeichnete diese als die letzten nationalsozialistischen Gesellschaftsverbrechen. Der Gewaltraum „Lager“ habe nun seine Grenzen verloren, und die Bevölkerung sei nicht nur zu Mitwissern, sondern auch Akteurinnen und Akteuren des letzten Massenverbrechens geworden. Insbesondere die breite Beteiligung der Bevölkerung wie auch die dezentral auftretenden und flächendeckenden Handlungsmuster würden diese Verbrechen, so argumentierte Winter nachvollziehbar, zu einem wichtigen Feld der politisch-historischen Bildungsarbeit machen, würden sich schließlich die Entstehung und Praxis kollektiver Gewalt im sozialen Nahbereich zeigen.

Im Workshop I zum Thema „Digitalisierung und Erinnerung“ wurden drei unterschiedliche Projekte vorgestellt. AGATHI BEZANI (Thessaloniki) präsentierte eine digitale Stadtkarte Thessalonikis, auf der an verschiedenen Stellen Marker platziert sind, die zu mehrsprachigen schriftstellerischen Passagen über die Verfolgung der Juden an diesen Orten führen. ANJA BALLIS (München) und MARKUS GLOE (München) erklärten ihr Projekt der virtuellen, audiovisuellen Befragung von Zeitzeugen, deren Antworten auf rund 1.000 zuvor ausgewählte Fragen aufgenommen worden seien und nun als Antwortsample für jene Fragen zur Verfügung stünden, die den Zeitzeugen im virtuellen Raum individuell gestellt werden könnten. KERSTIN HOFMANN (Bad Arolsen) führte in das digitale Projekt „Every Name Counts“ ein, in dem Freiwillige Angaben aus Dokumenten der Verfolgung in eine Datenbank über die Opfer einspeisen. Anschließend wurden Möglichkeiten und Grenzen dieser digitalen Erinnerungsformen diskutiert. Dabei erschien die Verschiebung von Fiktion und Realität sowie die Illusion der Authentizität bei einer suggerierten, virtuellen Interaktion mit Zeitzeugen als besonders problematisch.

Im Workshop II „Visualität“ wurden unterschiedliche Rezeptionen von Bildmaterial in verschiedenen zeitlichen Kontexten diskutiert. Die Beiträge zeigten, dass visuelle Quellen eine tiefgehende Analyse bedürfen, die sich immer auch mit ihrer Rezeptionsgeschichte und Vielschichtigkeit auseinandersetzt. LEONIE WERLE (Berlin) stellte ihre Untersuchung der US-amerikanischen Wanderausstellung „Lest We Forget“ vor, die bereits 1945 von Joseph Pulitzer initiiert wurde und 25 lebensgroße Aufnahmen aus befreiten Konzentrationslagern zeigte. Die Visualisierung der Verbrechen sei im Sinne eines Bildungs- und Wahrheitsanspruches sowie zur nachträglichen Legitimierung des Kriegseintritts genutzt worden. LUKAS MEISSEL (Haifa) legte dar, dass SS-Fotografien als visuelle Beweise für die vermeintliche Richtigkeit der Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen gedient hätten, da diese zu Repräsentanten des „jüdisch-bolschewistischen“ Feindes gemacht worden seien. JÜRGEN MATTHÄUS (Washington) thematisierte in seinem Beitrag private Fotoalben von Deutschen im „Osteinsatz“. Anhand einiger Beispiele argumentierte er, dass im Zentrum dieser privaten Alben immer das eigene Kriegsoffer gestanden habe. CHRISTIANE HESS (Fürstenberg / Havel) und MAJA OSSIG (Berlin) stellten ihr Forschungsprojekt „Material – Beziehung – Geschlecht. Artefakte aus den Konzentrationslagern Ravensbrück und Sachsenhausen“ vor. Die Ergebnisse des Projekts sollen in einer Datenbank festgehalten werden, in der die Objektbiografien auf ihre Mehrdimensionalität, etwa die Lebensgeschichte der Häftlinge oder Gewalt- und Zwangsbeziehungen, verweisen.

Im Panel III „Sexualisierte Gewalt“ ging es wiederum um Sexualität in den Lagern. So trug CHRISTIN ZÜHLKE (Berlin) Ergebnisse ihrer Forschungen zur Thematisierung von sexualisierter Gewalt in den Zeugnissen des Sonderkommandos in Auschwitz-Birkenau vor. Sie stellte heraus, dass derartige Schilderungen zwar kurz seien, aber auf regelmäßige sexualisierte Gewalt verschiedener Formen der SS-Angehörigen gegenüber den jüdischen Frauen unmittelbar vor ihrer Ermordung hinweisen würden. Während die Reaktion der missbrauchten Frauen in den Berichten vor allem als schamhaft beschrieben worden seien, habe die Beobachtung der Gewalt den jüdischen Männern des Sonderkommandos, so argumentierte Zühlke, ihre Machtlosigkeit vor Augen geführt und diese Gewalt ihre Männlichkeit angegriffen.

ASTRID LEY (Oranienburg) machte währenddessen auf Sexualität als konstituierendes Element des Machtgefüges innerhalb der Häftlingsgesellschaft aufmerksam. So sei im Männerkonzentrationslager das große Machtgefälle innerhalb der Häftlingsgemeinschaft dazu genutzt worden, insbesondere jüngere Häftlinge zu sexuellen Handlungen zu nötigen, die gegen Begünstigungen getauscht worden seien. Hierüber seien Machtverhältnisse demonstriert und reproduziert worden. Deutlich wurde anhand der Beiträge von Zühlke und Ley die Bedeutung der Kategorie Geschlecht und der Sexualität für das Verständnis von Struktur und Ablauf der Massenverbrechen.

Im Panel IV Thema „Gewalträume und Gewalttransfer“ wurden verschiedene Forschungsansätze zur Kategorie des (Gewalt-)Raumes diskutiert. Hierbei zeigten sich Chancen und Grenzen des „spatial turn“ für die Analyse von NS-Verbrechen. JOHANNES BREIT (Berlin) widmete sich in seinem Beitrag dem besetzten Serbien, das von Beginn der Besetzung an als Gewaltraum behandelt worden sei. Breit führte diese Annahme auf einen bestimmten deutschen Diskurs um den Balkan zurück, der durch populäre Kultur geprägt gewesen sei und in dem die dortige Bevölkerung als primitiv, verräterisch und nur durch Gewalt beherrschbar wahrgenommen worden sei.

DANIELA OZACKY-STERN (Ramat Gan / Akko) verdeutlichte, dass Orte nationalsozialistischer Verbrechen in Litauen nicht nur Orte des Todes, der Vernichtung und Massengewalt, sondern auch Orte von Widerstand, Rettung und Erinnerung gewesen sein.

Dies legte sie anhand der Massenerschießungen in Ponary und in der Festungsanlage Neuntes Fort sowie den Orten der Zwangsarbeit dar. Innerhalb dieser Gewalträume sei es immer wieder zu Handlungen der Opfer, der Zivilbevölkerungen und auch der Täter selbst gekommen. Heute seien diese Räume nicht nur Orte der Geschichte, sondern vor allem Erinnerungsorte Überlebender und deren Angehöriger.

In ihrem anschließenden Beitrag bezeichnete JANINE FUBEL (Berlin) den Jahreswechsel 1944/45 als eine Phase des Transfers von Gewaltpraktiken und Gefangenen im Konzentrationslagerkomplex Sachsenhausen. Sie plädierte dafür, die Verbrechen in der Endphase des Krieges als eine Fortsetzung der Verfolgung zu sehen. So habe die Evakuierung des Lagers Sachsenhausen dazu geführt, dass der „Holocaust by Bullets“ aus den besetzten Ostgebieten nach Brandenburg transferiert worden sei. Diese NS-Verbrechen seien aber nicht nur als Gesellschaftsverbrechen zu sehen, wie Martin Clemens Winter dies in seinem Beitrag gefordert hatte, sondern explizit in den Kontext deutscher Rückzüge und somit auch in eine Militärgeschichte einzuordnen.

HELÉNA HUHÁK (Budapest) erläuterte anhand von Tagebucheinträgen und Briefen zweier ungarischer Häftlinge im KZ Bergen-Belsen unterschiedliche räumliche Erfahrungen. So habe der das Lager umgebende Wald geflohenen Partisaninnen und Partisanen Schutz geboten, gleichzeitig aber auch als „cover up“ für das Krematorium fungiert. Auch die räumliche Erfahrung der Separation von Tochter und Vater im Lager thematisierte Huhak. Insgesamt machte sie stark, Lagererfahrungen auch als individuelle räumliche Erfahrungen zu betrachten und auch die Lagerumgebung in ihrer physischen Beschaffenheit in den Blick zu nehmen.

Im Workshop III „Raum und Erinnerung“ wurde die Frage nach der Bedeutung von Ortsbezügen und räumlichen Kategorien für Erinnerung und Gedenken diskutiert. ANNA MARIA DROUMPOUKI (Berlin) stellte ihre Arbeit zum KZ Chaidari (Athen) vor. Das ehemalige Konzentrationslager werde gegenwärtig vom griechischen Militär genutzt und lediglich der frühere Block 15 unterstehe dem Kulturministerium. An die fehlende Bereitschaft, den Ort als eine Gedenkstätte öffentlich zugänglich zu machen, knüpfe das digitale Projekt „Block 15 – A virtual Journey“ an. Droumpukis Beitrag ist ein aktuelles Beispiel der Verräumlichung von NS-Verbrechen und Anklage der ausbleibenden Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes, die Cornelia Siebeck dargelegt hat. ALEKSANDRA SZCZEPAN (Krakau) widmete sich geografischen Karten als Zeugnisse von NS-Verfolgung. Karten seien sowohl in der Durchführung der NS-Verbrechen als auch in ihrer juristischen sowie individuellen Verarbeitung genutzt worden etwa als Tool für Trauer und Erinnerung oder zur Rekonstruktion des Geschehens. TIMO SAALMANN (Flossenbürg) zeichnete im Anschluss die Entwicklung der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg an der deutsch-tschechischen Grenze zu einer transnationalen, dezentralisierten Erinnerungslandschaft nach. Mit einem veränderten Forschungsinteresse der Geschichtswissenschaft seien auch die Außenlager sowie Stationen der Todesmärsche in den erinnerungspolitischen Fokus gerückt worden. Als Kontaktzone habe die Erinnerungslandschaft auch durch Begegnungen multinationaler Überlebender und ihrer Angehörigen an transnationalem Charakter gewonnen. Inwiefern das transnationale Lagersystem Flossenbürg im Geflecht der nationalsozialistischen Konzentrationslager damit ein Spezifikum darstellt, blieb jedoch offen. STEPHAN SCHWAN (Tübingen) präsentierte die Ergebnisse einer Studie zum Tracking von Besucherinnen und Besuchern in der Gedenkstätte Sachsenhausen. Dabei sei überraschenderweise deutlich geworden, dass unterschiedliche Verhaltensweisen nicht auf den demografischen Hintergrund zurückzuführen seien.

Außerordentlich anregend war schließlich auch der letzte, im Zeichen der Debatte um die Erinnerungskultur stehende Konferenztag. In der kontroversen Podiumsdiskussion „Erinnerungskultur im Wandel“ identifizierte MARTIN SABROW (Potsdam) ein Ende der um 1985 begonnenen Ära der Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Besonders debattiert wurde dabei die Rolle der Beanspruchung von Singularität für die NS-Verbrechen, deren Bezweifeln mit Blick auf die Kolonialverbrechen Sabrow als ein Merkmal des Verlustes des „Geltungswertes“ des „totalitären Schreckens“ betrachtete. SUSAN NEIMAN (Potsdam) bemängelte nicht nur, dass eine gesamtdeutsche Erinnerungskultur fehle und der Antifaschismus der DDR-Gesellschaft als verordneter Antifaschismus abgetan werde. Auch plädierte sie für mehr Offenheit hinsichtlich der Fragen nach einer Singularität der NS-Verbrechen. Sie verordnete die Singularitätsthese historisch als eine Antwort auf die versuchte Schuldabwehr im Historikerstreit und wies darauf hin, dass heutige Fragen nach einem Vergleich der NS-Verbrechen aus anderen Perspektiven gestellt würden.

In der Podiumsdiskussion „Zeitgeschichte und Politik“ hoben ANDREAS WIRSCHING (München), ELKE GRYGLEWSKI (Celle) und BRIGITTE FABER-SCHMIDT (Potsdam) die gegenseitige Beeinflussung von Gedenkstätten und Forschung hervor. Gryglewski betonte die transnationalen Verflechtungen aller NS-Verbrechen und ihrer Orte. Angesichts des Erinnerns in einer Migrationsgesellschaft forderte sie eine Öffnung zu globalen Perspektiven auch in den Gedenkstätten. Wirsching warnte demgegenüber vor einer Überlastung der Gedenkstätten und einer Universalisierung der Erinnerung. Faber-Schmidt wies darauf hin, dass die Themen der Bildungsarbeit die jeweiligen Eigenheiten der Orte der Verbrechen glaubwürdig wiedergeben müssten.

Nicht zuletzt anhand der Podiumsdiskussionen zeigte sich, dass die Konferenz als ein Bindeglied zwischen vergangener Forschung sowie tradierter Erinnerung und neuen Forschungsperspektiven sowie Erinnerungsformen zu betrachten ist. Maßgebend für die zukünftige Arbeit ist die Erweiterung des Blickes auf bislang wenig beachtete soziale und diskursive Praktiken im Kontext der Konzentrationslager, die auch angesichts einer Hinwendung zu weiteren Räumen und raumübergreifenden Handlungskontexten sichtbar werden. Dadurch kann es auch gelingen, der auf der Abschlusskonferenz vernehmbaren Forderung nachzukommen, dass Wissenschaft und Geschichtsvermittlung diverser werden müssten, um an die unterschiedlichen Lebensrealitäten in der Gesellschaft anzuknüpfen. Hierzu zählt auch der während der Diskussion geäußerte Wunsch, den Blick auf die außereuropäische Geschichte zu weiten und global verteilte Forschungen und Gedenkstätten im Kontext anderer genozidaler Verbrechen in zukünftige Konferenzen einzubeziehen.

### **Konferenzübersicht:**

Axel Drecol (Oranienburg) / Thomas Krüger (Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn)  
/ Michael Wildt (Berlin):

### **Begrüßung**

*Key Lecture*

Sybille Steinbacher (Frankfurt am Main): Warum Weinen allein nicht bildet. Von den Ansprüchen an die KZ-Gedenkstätten

**Panel I: Zugänge und Diskurse**

Chair: Axel Drecolle (Oranienburg)

Cornelia Siebeck (Hamburg):

Objektivierung einer unbewältigten Vergangenheit. Räumlich-diskursive Praktiken der bundesrepublikanischen Gedenkstättenbewegung

Habbo Knoch (Köln): Jenseits des Bilderverbots. Die Holocaust-Erinnerung nach dem Ende der Unsichtbarkeit

**Panel II: Lager in der Gesellschaft**

Chair: Frank Bajohr (München) / Detlef Garbe (Hamburg)

Frédéric Bonnesoeur (Berlin): Verwalten oder gestalten? Die Rolle der Stadtverwaltungen bei Einrichtung und Etablierung der Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald 1936-1939

Kerstin Schwenke (München): „Zweck: Studium des Lagers“ – Besichtigungen von Konzentrationslagern durch „Volksgenossen“

Martin Clemens Winter (Leipzig): Entgrenzte Gewalt zwischen Räumung und Befreiung. Die Todesmärsche und die deutsche Gesellschaft der Kriegsendphase

**Workshop I: Digitalisierung der Erinnerung**

Chair: Thomas Lutz (Berlin)

Agathi Bazani (Thessaloniki) / Xenia Eleftheriou (Thessaloniki) / Marios-Kyparissis Moros (Thessaloniki) / Stylianos Eleftheriadis (Thessaloniki): Thessalonikis gravierende Erinnerung. Gedenken an die griechischen Juden – Opfer des Holocaust [Projektvorstellung: Digitale Stadtkarte]

Anja Ballis (München) / Markus Gloe (München): Neue Kommunikationsformen, neue Räume? – Digitale Zeugnisse zwischen Schulhof, Gedenkstätte und Museum

Kerstin Hofmann (Bad Arolsen): #EveryNameCounts – Crowdsourcing als Chance für die Erinnerungsarbeit?

**Workshop II: Visualität**

Chair: Maren Jung-Diestelmeier (Oranienburg) / Ulrich Pohn (Berlin)

Leonie Werle (Berlin): Traveling Exhibition „Lest We Forget“

Lukas Meissel (Haifa): Capturing ‚Judeo-Bolshevism‘. SS Photographs of Soviet POWs in Concentration Camps

Jürgen Matthäus (Washington): Bilder einer Kriegs-Vorstellung. Anmerkungen zu privaten Fotoalben von Deutschen im „Osteinsatz“

Christiane Heß (Fürstenberg / Havel) / Maja Ossig (Berlin): Das Material sichtbar machen: Interdisziplinäre Perspektiven auf KZ-Artefakte

### **Panel III: Sexualisierte Gewalt**

Chair: Stefanie Schüler-Springorum (Berlin) / Elizabeth Harvey (Nottingham)

Christin Zühlke (Berlin): The Perspective of the Sonderkommando in Auschwitz-Birkenau on Women as Victims of Violence

Astrid Ley (Oranienburg): Sexualität im Männer-KZ zwischen Gewalterfahrung und Tauschverhältnis

### **Panel IV: Gewaltträume und Gewalttransfer**

Chair: Dieter Pohl (Klagenfurt) / Jens-Christian Wagner (Weimar)

Johannes Breit (Berlin): The Nazi Occupation of Serbia – a Discursive Space of Violence

Daniela Ozacky-Stern (Ramat Gan / Akko): Lithuanian Nazi Camps as Spaces of Violence, Rescue and Memory

Janine Fubel (Berlin): Ein hybrides Lager: Der Konzentrationslagerkomplex Sachsenhausen um den Jahreswechsel 1944/45

Heléna Huhák (Budapest): The Hungarian deportees' spatial experiences in Bergen-Belsen

### **Workshop III: Raum und Erinnerung**

Chair: Insa Eschebach (Berlin)

Anna Maria Droumpouki (Berlin): Denkmäler des Vergessens und Spuren des Zweiten Weltkriegs in Griechenland: Das KZ Chaidari

Aleksandra Szczepan (Krakau): Mapping the Memory. Survivors' cartographies of the concentration camps

Timo Saalman (Flossenbürg): Flossenbürg. Erinnern an ein transnationales Lagersystem

Stephan Schwan (Tübingen): Die Gedenkstätte Sachsenhausen als Erfahrungsraum für Besucher: Ergebnisse einer empirischen Studie zum Besuchertracking

### **Podiumsdiskussion: Erinnerungskultur im Wandel**

Moderation: Andrea Genest (Fürstenberg / Havel) / Nikolaus Wachsmann (London)

Susan Neiman (Potsdam) / Martin Sabrow (Potsdam)

*Podiumsdiskussion: Zeitgeschichte und Politik*

Moderation: Oliver von Wrochem (Hamburg)

Andreas Wirsching (München) / Elke Gryglewski (Celle) / Brigitte Faber-Schmidt (Potsdam)

## **Offene Abschlussdiskussion**

Chair: Axel Drecol (Oranienburg) / Michael Wildt (Berlin)

### Zitation

Tagungsbericht: Internationale Konferenz zur Geschichte und Erinnerung der nationalsozialistischen Konzentrationslager, 18.05.2021 – 21.05.2021 digital, in: H-Soz-Kult, 10.08.2021, [www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9017](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9017).

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact [hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de](mailto:hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de).

## **02) Young Scholars Workshop. Germans and Jews as Minorities in Eastern Europe**

digital (Lüneburg)

Veranstalter

Bundesbeauftragte für Kultur und Medien (BKM); Lehrstuhl für Neuere Geschichte Osteuropas, Georg-August-Universität Göttingen; Forschungsverbund „Ambivalenzen des Sowjetischen“; Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V. (IKGN), Lüneburg; DAAD-Professur für Europäische und Jüdische Geschichte und Kultur, University of Sussex

**09.06.2021 - 10.06.2021**

Von

Helene Henze, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V. (IKGN), Lüneburg; Daniel Gebel, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), Oldenburg

For the Young Scholars Workshop the Northeast-Institute (Lüneburg) welcomed a host of international participants. The online event centered on questions of temporary entanglements and historical parallels between the German and Jewish populations in Eastern Europe. A central aim of the conference was to highlight the cultural legacy of two influential minority groups and to encourage a comparative approach to the study of their history.

The keynote speech was delivered by JANNIS PANAGIOTIDIS (Vienna). In his talk, he explored the question of how Germans and Jews were entangled with one another in Eastern Europe and how the relations between the two minorities changed in the course of the 20th century. Using the example of the chocolate manufacturer Josef Floris, a German-speaking Jew from Hungary, who in 1968, more than ten years after filing the application, was finally recognized as a “resettler” in the FRG, Panagiotidis showed that the entanglement between Germans and Jews did not end with World War II. He argued that, on the contrary, the migration of Germans and Jews from Eastern Europe to Israel and Germany should be seen as part of their intricate history. These migration processes confronted both states with the recurring question of whether someone could be “a German and a Jew” at the same time and equally showed that the entanglement between the two minorities continued even when they were no longer territorially linked.

In the first lecture of the conference, REBEKKA HAHN (Bielefeld) dealt with the question of how the values of young Russian-German women from free church communities changed



in the course of their adolescence. During a series of biographical interviews, Hahn observed that her respondents' childhood values were strongly influenced by their families and the church community they belonged to, but shifted later in life. These developments, she argued, could be primarily attributed to an approximation of values as they can be observed in adolescent girls of the same age from the German majority society. Despite this change, the young women did not part with their faith and continued to strive for a life in accordance with the "divine will."

BIANCA RAFFAELA HEPP (Tübingen) addressed the influence of the Corona virus on the Romanian German cultural association "Hamroth". Having worked with several members in the past two years, Hepp shed light on the importance of the eponymous Romanian village as a place of (be)longing. The place of origin and a gathering venue for many emigrés, Hamroth's inaccessibility during the global pandemic, Hepp argued, had turned it into a focal point for identity construction beyond mere nostalgia. Interestingly, Hamroth had acquired the same significance for younger members of the association who have never been there.

In her comment, KERSTIN BISCHL (Göttingen) spoke about the complex relationship between place and belonging. Places and by extension their materiality influence the way people perceive and construct the locale they find themselves in, she argued. The study of a particular place allows an interviewer to gain insights into a respondent's values or ideas of a "good life". Bischl added that the place/belonging nexus is potentially accrued by the experience of migration: As places persist in memories, they are increasingly understood as something that "made" a person. The sharing of memories related to a place, the common recreation of the past, shapes the sense of belonging within a community in the present.

JUDITH THERESE VÖCKER (Leicester) delineated the specifics of the Third Reich jurisdiction system in the annexed territories. Using archive material on Jewish defendants in front of German courts, she traced the implementation of Nazi ideology in occupied Poland. The extensive information gathered on those accused as a standard procedure of the Third Reich special courts, allows historians to reconstruct the ways of life in multiethnic Polish and local Jewish communities.

Adding to Vöcker's presentation, IMKE HANSEN (Lüneburg) suggested to analyze the Third Reich jurisdiction in the occupied territories as part of the colonial entanglement of the Nazi regime, pointing out that the forced labor in the ghettos can be interpreted as slave labor. The detailed sources, she argued further, offer historians a chance to trace individual histories, those of the survivors as well as those of the perpetrators, beyond the era of National Socialism. Since court decisions are always made by individuals, they can also be studied as communicative situations between people and, in a broader sense, as tokens of National Socialist bureaucratic discourse.

The third panel was opened by KATJA GROSSE-SOMMER (Hamburg), who spoke about anti-Jewish violence in Ukraine in the years 1919-1921. Anti-Jewish riots were not uncommon in conflict-ridden Ukraine, where the balance of power often changed within a very short time. She raised the question of how Jewish individuals and institutions reacted to this violence and whether they could anticipate, when a pogrom would come and how it could unfold. By analyzing the memories and reports of Ukrainian Jews from that period, Grosse-Sommer was able to prove that temporality in particular played a major role in how those individuals perceived pogroms and similar acts of violence.

AMBER N. NICKELL (West Lafayette) examined the relationship between ethnic Germans and Jews in southern Ukraine in the years 1928-1941. Using ego documents from Germans interrogated by the People's Commissariat for Internal Affairs (NKVD) in the course of the

“German operation “(NKVD order no. 00439), Nickell claimed that many Germans in southern Ukraine believed in German propaganda, including the myth of “Jewish Bolshevism” represented in the figure of the “Jewish commissar”, even before the war began. The experience of persecution as “kulaks” or “counterrevolutionaries” by the Soviet state in the interwar period fatefully coupled with Anti-Jewish Nazi propaganda. Ultimately, this resulted in many ethnic Germans dehumanizing their Jewish neighbors, which was the ferment for their hostile actions during the Second World War.

DANI KRANZ (Beer Sheva) observed that both presentations – using southern Ukraine as an example – show how interethnic relations between minorities can change in a short span of time. The changing relationships between Germans and Jews from cooperating minorities in the interwar times to the “hated other” strongly influenced by anti-German actions of the Soviet Union and antisemitic propaganda of the German Empire, makes it clear how the relations between minorities can be influenced by the actions of “external actors”.

MAGDALENA BURGER’s (Bamberg) paper dealt with the emergence of women’s clubs in fin-de-siècle Prague. Barred from joining the burgeoning men’s clubs of the Bohemian cultural capital, women initially found access to Jewish associations. Retaining their practices, such as offering their members material help or opportunities to better themselves, soon the first all-women clubs were founded. Vocal and assertive, their members claimed hitherto male roles for themselves, thus attaining visibility and agency in the public sphere.

In the discussion that followed ALEXIS HOFMEISTER (Basel) stressed the importance of association studies. Arguing that the state of a society is mirrored in the density and variety of its public life, he also cautioned against the hasty conclusion that the negotiating processes within and between associations should be seen as an indicator of democratic readiness.

TADEUSZ SKWARA (Toruń) focused on the disparity in the depiction of the Jewish Autonomous Region of Birobidzhan in the works of Willi Schlamm and Lion Feuchtwanger. As a staunch communist with a strong sense of Jewish belonging, Schlamm takes a reckoning with the Stalin regime and exposes the Birobidzhan project as a legal fiction. In contrast, Feuchtwanger’s depiction of Birobidzhan, a Soviet attempt to turn urban Jews into farmers, is reminiscent of a bucolic paradise. The contradiction, Skwara argued, is to be sought in the political climate of the 1930s: For Feuchtwanger, a Jewish German, Birobidzhan is a projection space, a safe haven and an opportunity for Jews to integrate into the Soviet system.

PAOLA FERRANDI (Bochum) spoke about the Soviet-Jewish writer and journalist Vasily Grossman and his chronicling of the experiences of the Soviet Jews during the Second World War. Based on the analysis of two works, “Berdichev - Not as a Joke, but Seriously” and “Ukraine without Jews”, Ferrandi claimed that Grossmann originally did not identify as a Soviet-Jewish author. It was only during his activity as a war correspondent that Grossman found his “Jewishness”: Being faced with the atrocities carried out against the Soviet Jewish population, which included the wiping out of his family in Berdichev, Grossman felt it was his moral task to not let the crimes go unrecorded.

Referring to Kwame Anthony Appiah’s notion that religion, just like nationality, culture, class and race is merely a “lie that binds”, DAVID FEEST (Lüneburg) argued that it is exactly this confusion about belonging in the lives and writings of Jewish writers that is symptomatic of the Soviet project at large. A self-proclaimed “brotherhood of nations”, which promised equality to all its constituting nations and ethnicities, the Soviet Union was de facto riddled

with contradictions as regards to these matters. A collective Jewish identity, Feest added, therefore cannot and should not be expected where self-perception struggled with the Soviet state's redefinition of what it meant to be Jewish.

While dealing with different subjects and temporal settings, the presentations offered an inspiring perspective on the possibilities of a *histoire croisée*-approach to the history of the Jewish and German minorities in Eastern Europe.

**Conference overview:**

**Welcome address** by Joachim Tauber (Lüneburg)

Keynote: Jannis Panagiotidis (Vienna): Significant Others? Entangled Histories of Germans and Jews in Central and Eastern Europe

**Panel I**

Rebekka Hahn (Bielefeld): Adolescent Narratives of Value Genesis and Development – Biographical Perspectives on Transmission and Transformation in the Context of Russian-German Families and Churches

Bianca Raffaella Hepp (Tübingen): Construction of Belonging and Non-Belonging to Communities of Remembrance

Comment: Kerstin Bischl (Göttingen)

**Panel II**

Judith Therese Vöcker (Leicester): Rights and Laws Within a Disenfranchised Community: Jews Under German Law in the General Government 1939–1944

Comment: Imke Hansen (Lüneburg)

**Panel III**

Katja Grosse-Sommer (Hamburg): Anticipation of anti-Jewish Violence during the Ukrainian Civil War, 1917–1921

Amber N. Nickell (West Lafayette): "Counterrevolutionary," "Fascist," "Trotskyite," "Spies"? Ethnic Germans and Jews in Southern Ukraine, 1928–1941

Comment: Dani Kranz (Beer Sheva)

**Panel IV**

Magdalena Burger (Bamberg): "That we in Prague first have to find out from women what a club is!" - The Importance of German and Jewish Women's Associations for the Cultural Life in Prague (1890–1938)

Comment: Alexis Hofmeister (Basel)

## Panel V

Tadeusz Skwara (Toruń): State anti-Semitism or Paradise for Jews? Pictures of Jewish Life in the USSR in the 1930s in the publications of Willi Schlamm and Lion Feuchtwanger

Paola Ferrandi (Bochum): Vasily Grossman's "Berdichev – Not as a Joke, but Seriously" and "Ukraine without Jews" – Acknowledging and Addressing Jewish Existence in the Soviet Union between Journalism and Literature

Comment: David Feest (Lüneburg)

### Zitation

Tagungsbericht: Young Scholars Workshop. Germans and Jews as Minorities in Eastern Europe, 09.06.2021 – 10.06.2021 digital (Lüneburg), in: H-Soz-Kult, 14.08.2021, <[www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9024](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9024)>.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact [hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de](mailto:hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de).

[Nach oben ↑](#)

[/ Tagungsberichte](#)

## **03) Das Kaiserreich vermitteln: Brüche und Kontinuitäten seit 1918**

digital

Veranstalter

Staatliche Schlösser und Gärten Hessen; Goethe-Universität Frankfurt am Main

**21.06.2021 - 22.06.2021**

Von

Patrick Wolfgang Schäfer, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Zum 150sten Mal jährte sich in diesem Jahr die Gründung des Deutschen Kaiserreiches. Die Zeit zwischen der Proklamation des Reichs durch die deutschen Fürsten im Spiegelsaal von Versailles und dem verlorenem Weltkrieg 1918 lässt sich heute, so erscheint es, am überzeugendsten durch eine gewisse „Beziehungslosigkeit“ der gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu diesem Staat, den Prozessen und Transformationen, die in und durch ihn entstanden, den progressiven und auch problematischen Errungenschaften, die über sein bestehen hinauswirkten, charakterisieren. In der Geschichtswissenschaft ist mehr oder weniger pünktlich zum Jahrestag eine Auseinandersetzung über das Kaiserreich entflammt und seine Deutung wird wieder einmal kontrovers diskutiert. Welche Brüche und Kontinuitäten seit 1918 sind feststellbar? Wie vielfältig und facettenreich erwies sich die deutsche Gesellschaft um 1900? Wie sollten wir diese Epoche deuten und vor allem wie sollten wir sie in Zukunft vermitteln? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die Tagung, die im Schloss Bad Homburg vor der Höhe zusammenkam und digital verfolgt werden konnte. Gefördert wurde die Veranstaltung zudem durch die Kulturstiftung der Länder (Berlin) sowie die Hessische Kulturstiftung (Wiesbaden). Eingeteilt in drei Sektionen wurden die historiografischen Positionierungen, die Ambivalenzen der Moderne und die heutige Vermittlung des Kaiserreichs diskutiert.

Ziel der ersten Sektion war es, neue Aspekte der Interpretation des Kaiserreichs aufzuzeigen und der Frage nachzugehen, wie viel Differenzierung möglich ist. Besonders die Verfassungsgeschichte stand hier im Vordergrund.

Zu Beginn der Tagung verwies TORSTEN RIOTTE (Frankfurt am Main) auf die doppelte Dialogizität wissenschaftlicher Forschung. Diese richte sich nicht nur an interessierte Leser:innen und versuche diese von den eigenen Erkenntnissen zu überzeugen, sondern stelle gleichzeitig eine Positionierung innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses dar. Am Beispiel der aktuellen Veröffentlichungen zum Kaiserreich werde dies besonders deutlich. So gebe es heftige Debatten die Deutung der Epoche als Ganzes, einhergehend mit entsprechenden Positionierungen. Ein neues Bild des Reichs sei aber nicht entstanden, stattdessen setze sich die neuere Forschung damit auseinander, wie viel Differenzierung möglich sei und wie die Epoche vermittelt werden könne. Die neueren Diskussionen seien Ergebnis einer grundsätzlichen Frage, wie viel Reduzierung möglich und nötig sei.

Es folgte der Beitrag von FRANK LORENZ MÜLLER (St Andrews), der seinen Fokus auf die Funktion des Monarchen und die Person Wilhelm II. legte. Er argumentierte, dass die an den Monarchen herangetragene Erwartung – eine unparteiische modernisierende Kraft innerhalb des Staates zu bilden – von Wilhelm II. nicht erfüllt werden konnte, da er sich selbst während seiner gesamten Regentschaft als von Gott legitimierten Monarchen betrachtet habe und eine Zusammenarbeit mit dem Reichstag somit erschwert worden sei, zumal er auch über keine moderierenden Eigenschaften verfüge. Dennoch habe Wilhelm II. einzelne Funktionen der Rolle des „Reichsmonarchen“ ausfüllen können und bot durch seine Inszenierung dieser Rolle ein Spektakel an, sodass eine breite anti-monarchistische Bewegung bis 1914 verhindert worden sei. In seinem Resümee kam Müller zu dem Schluss, dass die positiven Effekte dennoch von den negativen Eigenschaften des Monarchen überdeckt worden seien, sodass 1918 der Glaube an eine Reformfähigkeit der Monarchie nicht ernsthaft existiert habe.

CHRISTOPH NONN (Düsseldorf) setzte sich mit den prägenden Erzählweisen der Geschichtswissenschaft über das Kaiserreich auseinander. Er kritisierte dabei sowohl eine Betrachtungsweise, die er als „schwarze Legende“ bezeichnete und deren Fokus auf der Betrachtung des Militarismus, dem vorhandenen Antisemitismus sowie den demokratischen Defiziten des Kaiserreichs läge, als auch eine Interpretation, für die er den Begriff der „weißen Legende“ verwendete und deren Sichtweise auf die Modernisierungsschübe in Technik und Naturwissenschaften oder eine positive Bewertung von Bismarck und dessen Sozial- und Bündnispolitik beschränkt bliebe. Hinter dieser Auseinandersetzung wählte Nonn dabei nicht das Kaiserreich als solches, sondern die Interpretation der folgenden Epochen, der Weimarer und Bonner Republik als eine Option, der nationalsozialistischen Diktatur als der anderen. In beidem gehe es stärker um geschichtspolitische als um wissenschaftliche Positionen. Nonn selbst plädierte für eine breitere Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich, um die Ambivalenz der Moderne aufzeigen zu können.

EVA GILOI (Newark) brachte mit ihren Ausführungen zu Markenrecht und Werbeanzeigen mit monarchischen Symbolen und Namen einen neuen Blickpunkt ein. Zuerst zeigte sie, wie sich erst gegen Ende des Jahrhunderts neue Gewerbeordnungen mit der Schaffung eingetragener Namen ergaben. Da auf den neuen Massenmärkten um immer weitere Aufmerksamkeit gekämpft werden musste, wurden auch schnell Produkte mit monarchischen Symbolen oder Namen auf den Markt gebracht. Die Gründe für eine solche Benennung waren dabei vielfältig, konnten den meist neuen und unbedeutenden Herstellern doch schnell Aufmerksamkeit garantieren. Zudem zeigte sich an diesem Beispiel, dass die Entstehung des modernen Rechts nicht mit den Interessen der Monarchie einherging.

Klagen der Hohenzollern gegen einige Markenprodukte wurden dabei mit Verweis auf geltendes Gewerberecht abgelehnt und zeigten die Grenzen monarchischer Macht auf, die sich dem modernem Rechtsstaat beugen mussten.

In seinem Vortrag stellte CHRISTIAN JANSEN (Trier) fest, dass es in den letzten Jahren in Deutschland eine Entspannung gegenüber dem Kaiserreich gegeben habe. Dieses werde nicht mehr als Vorgänger des NS-Staates wahrgenommen, sondern zunehmend werde auf die demokratischen Errungenschaften, wie das allgemeine Wahlrecht verwiesen. Jansen konstatiert jedoch, dass die positiven Errungenschaften des Reichs keineswegs diesem anzurechnen seien, im Gegenteil seien sie Folgen der Revolution von 1848/49 ungewollte Nebenwirkungen preußischer Machtpolitik gewesen. Bereits die Revolution von 1848/49 habe die Idee von nationaler Einheit im Bürgertum festigen können und habe zudem das allgemeine (Männer-)Wahlrecht in den Köpfen verfestigt. Die Gründung „von oben“ erfolgte demnach um den Anstrich des revolutionären vermeiden zu können. Das Scheitern des Kaiserreichs sei letztlich auch ein Scheitern des europäischen Nationalismus gewesen und lasse heutzutage besonders die Bedeutung nicht-intendierter Nebenwirkungen deutlich werden.

Die zweite Sektion der Tagung setzte sich mit den Facetten und Ambivalenzen der Gesellschaft des Kaiserreichs auseinander. Zentral für diesen Abschnitt war die Frage, ob jenseits der politischen Arenen Orte zu finden seien, durch die sich das Kaiserreich darstellen lasse.

VERENA STELLER (Frankfurt am Main) ging in ihrem Beitrag auf die deutsche Frauenrechtsbewegung und deren angeblicher Wirkungslosigkeit mittels einer Erfahrungsgeschichte der beteiligten Akteurinnen ein. Anhand des Beispiels der deutschen Juristinnen zeigte sie auf, dass diese sich meist im Ausland ausbilden ließen und dort erste Erfahrungen mit dem Recht sammelten. Im Kaiserreich selbst versuchten diese Pionierinnen mit der Bildung von Frauenrechtsschutzvereinen Aufklärung zu leisten und die Widersprüchlichkeit einengender Gesetze aufzuzeigen. Auch untereinander wurde dabei um die eigene strategische Positionierung gestritten. Die Juristinnen seien damit keineswegs ohnmächtig gegenüber den rechtlichen Einschränkungen gewesen, sondern hätten versucht, die existierenden Handlungsoptionen zu erweitern und innerhalb dieser zu agieren. Dabei sei es ihnen durchaus gelungen, Recht und Geschlecht neu zu konturieren und zu definieren.

Mit den Auswirkungen der ersten Globalisierung auf das Kaiserreich setzte sich CORNELIUS TORP (Bremen) auseinander. Er skizzierte die stärker werdende Verflechtung des Reichs in den internationalen Handel und verwies darauf, dass deutsche Unternehmen eine entscheidende Rolle bei der Globalisierung zugekommen seien. Die Globalisierung sei somit nicht einfach über das Kaiserreich hereingebrochen, sondern von diesem aktiv mitgestaltet worden. Durch die starke Einbindung in den Handel habe zudem die Zoll- und Handelspolitik eine immer stärkere Rolle in politischen Entscheidungen gespielt. Dabei habe sich die Reichsregierung nicht von Zollbefürwortern aus Reihen des Agrarsektors beeinflussen lassen, sondern habe bis zuletzt eher eine begünstigte liberale Politik für die neuen Industrien fortgesetzt. Eine Neubewertung sei hier zumindest in einem Punkt angebracht, nämlich der eigentlichen Motivation Bülow's für eine stärkere Schutzpolitik, die wesentlich moderater ausfiel, als die klassische Interpretation einer „Allianz von Roggen und Eisen“ impliziere.

Auf die entstehenden alternativen Lebensentwürfe im Kaiserreich, die unter dem Schlagwort der Reformbewegungen subsumiert wurden, ging FLORENTINE FRITZEN (Frankfurt am Main) ein. Sie stellte dar, dass es einerseits viele Anknüpfungspunkte zu heutigen

Bewegungen, wie etwa der Klimaschutzbewegung gebe, andererseits aber auch viele Differenzen. Die Reformbewegungen verstanden sich selbst als Mitglieder einer Gemeinschaft, die ein jeweils gesetztes utopisches Ziel verfolgten. Dabei seien sie keineswegs Gegner der Moderne gewesen, sondern sahen sich selbst als „Erleuchtete“, die sich ein besseres Leben wünschten. Sie argumentierten durchaus naturwissenschaftlich – etwa gegen das Essen von Tieren –, doch wurden auch Ziele der Selbstoptimierung verfolgt. Den größten Einfluss erlangten die Reformbewegungen durch ihr Wirken in Richtung Kultur und Literatur. Sie seien letztlich auch für heutige Bewegungen prägend und stellten einen Ansatzpunkt für die weitere Vermittlung des Kaiserreichs dar.

In der dritten und abschließenden Sektion wurde die praktische Vermittlung des Kaiserreichs in heutiger Zeit diskutiert. Die vor diesem Abschnitt stehende Frage lautete, wieviel Differenzierung bei der Vermittlung möglich sei und wie diese erfolgen könne.

Die Vermittlung des Kaiserreichs spielte bei MARKUS HÄFNER (Frankfurt am Main) eine zentrale Rolle. Das Kaiserreich würde in der Stadtgeschichte auch heute noch ein zentraler Bestandteil der Erinnerung und Vermittlung sein. Gerade die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, städtische Persönlichkeiten, Gebäude und ganze Stadtviertel böten immer wieder Anlass zu einer tieferen Auseinandersetzung mit dem Reich. Zentral sei meist das Aufzeigen von Brüchen, ob politischer oder gesellschaftlicher Natur, wie dies etwa durch Ausstellungen zur Kleidungs- und Geschlechtergeschichte geschehe. Auch für die Entwicklung ganzer Viertel könne das Kaiserreich als Referenzpunkt dienen, da städtischer Wandel und die Erläuterung der Lebensumstände der damals lebenden Personen zum Nachdenken über die eigenen gesellschaftlichen Veränderungen dienen könnten. Auch wenn die kritische Einordnung in der Vermittlung meist wenig Tiefe besäße, sei das Kaiserreich ein wichtiger Punkt um Geschichte zu vermitteln.

MARKUS BERNHARDT (Essen) beschäftigte sich mit der Vermittlung des Kaiserreichs in Schulbüchern. In diesen würde das Kaiserreich meist über den Zugang der demokratischen Defizitgeschichte und Erzählungen von „großen“ Persönlichkeiten vermittelt, während die Vielfalt und Modernität der Gesellschaft kaum Beachtung fänden. Die generalisierende und vereinfachende Darstellung einer komplexen Gesellschaft sowie die Reduzierung auf deren negative Eigenschaften seien darauf zurückzuführen, dass letztlich die Bewertungsmaßstäbe der Schulbuchautoren weitergegeben würden und eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich nicht stattfände. Das Kaiserreich böte aber gerade wegen seiner Ambivalenz und der kollektiv gemachten Modernisierungserfahrung der Menschen interessante und aktuelle Ansatzpunkte, die Schülern neue Einsichten bringen könnten.

Im letzten Vortrag der Tagung berichtete JACCO PEKELDER (Utrecht) von der Entwicklung des „Huis Doorn“, von einer reinen „Zeitmaschine“ zu einem Erinnerungsort. Er verdeutlichte, dass die letzte Residenz Wilhelms II. durch ihre Funktion über viele Jahre in rein ästhetischer Art die letzten Lebensjahre des Kaisers vermittelte und keine tiefere Auseinandersetzung mit der Thematik zugelassen habe. Es habe jedoch eine Transformation zu einem Erinnerungsort stattgefunden, die nun auch eine kritische Reflexion mit dem Thema Kaiserreich und Erster Weltkrieg zulasse. Die kontextualisierende Darstellung von Personen und Schlüsselementen sei zudem an aktuellen Geschehnissen ausgerichtet – etwa der aktuellen Debatte um die Rolle der Hohenzollern für den Aufstieg des Nationalsozialismus – und veranschauliche somit das Kaiserreich eingebettet in heutige Diskussionen.

Als Resümee der Tagung wurde formuliert, dass eine weitere Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich nicht auf eine verfassungsgeschichtliche Diskussion reduziert werden dürfe,

sondern auch auf die vorhandenen Ambivalenzen hinweisen müsse. Die Betonung von Brüchen und Kontinuitäten dürfen sich nicht nur auf die Epoche des Nationalsozialismus oder die Sozialgesetzgebungen beschränken, sondern sollte das Kaiserreich in einem weiteren Kontext fassen. Das Kaiserreich weise eine Vielzahl von Facetten auf, die sich weder in die eine noch andere politische Richtung einengen ließen. Dennoch muss bei der Vermittlung auch klar sein, dass hier zwangsläufig bestimmte Aspekte ausgelassen würden. Welche Aspekte bei dieser Reduzierung wegfallen sollten und welche in den Fokus gestellt werden, muss Gegenstand weiterer Debatten werden.

## **Konferenzübersicht:**

### **Sektion 1: Reformfähigkeit diskutieren**

Torsten Riotte (Frankfurt am Main): Der schwierige Blick zurück. Wie spricht man 2021 über das Kaiserreich?

Frank Lorenz Müller (St Andrews): „... da hilft das älteste Erbrecht nichts.“ Kaiser Wilhelm II. als Monarch zwischen Funktion und Versagen

Christoph Nonn (Düsseldorf): Ambivalente Moderne: Das Kaiserreich als doppelte Vorgeschichte von Demokratie und Diktatur

Eva Giloi (Newark): Patent Law, Royal Brand Names, and how the Consumer Economy co-opted the Monarchy

Christian Jansen (Trier): Nationalismus – Imperialismus – Obrigkeitsstaat – Demokratie. Warum soll man sich heute noch mit dem Kaiserreich auseinandersetzen?

### **Sektion 2: Wirtschaft, Gesellschaft, Lifestyle: Modernität problematisieren**

Torsten Riotte (Frankfurt am Main): Die „Moderne“ und andere Stolpersteine

Verena Steller (Frankfurt am Main): „Ein eigenes Zimmer“. Geschlecht und Recht im Kaiserreich – auf den Spuren einer Erfahrungsgeschichte

Cornelius Torp (Bremen): Das Kaiserreich in der ersten Globalisierung

Florentine Fritzen (Frankfurt am Main): Veganer avant la lettre: Warum es eine Gratwanderung ist, das Kaiserreich anhand der Reformbewegungen zu vermitteln

### **Sektion 3: Das Kaiserreich didaktisch vermitteln**

Torsten Riotte (Frankfurt am Main): Lost in translation? Was die Vermittlung des Kaiserreichs zur Herausforderung macht

Markus Häfner (Frankfurt am Main): Das Kaiserreich in der stadtgeschichtlichen Vermittlung: Bedeutung, Formate und Praxisbeispiele

Markus Bernhardt (Essen): Das Deutsche Kaiserreich (1871-1918) als Lerngegenstand im Geschichtsunterricht – Probleme und Potenziale



Jacco Pekelder (Utrecht): Ein Museum für den Kaiser? ‚Huis Doorn‘ als Zeitmaschine und Erinnerungsort

#### Zitation

Tagungsbericht: Das Kaiserreich vermitteln: Brüche und Kontinuitäten seit 1918, 21.06.2021 – 22.06.2021 digital, in: H-Soz-Kult, 09.08.2021, [www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9013](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9013).

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact [hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de](mailto:hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de).

### **04) Ende der Bonner Republik? Der Berlin-Beschluss 1991 und sein zeithistorischer Kontext**

digital (Berlin)

Veranstalter

Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V. (KGParl); Institut „Moderne im Rheinland“ an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Forschungsverbund „Bonner Republik“ der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Landschaftsverband Rheinland (LVR); LVR-LandesMuseum Bonn; Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf

**24.06.2021 - 25.06.2021**

Von

Carsten Deitmer, Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V. (KGParl)

Der Umbruch von 1989/90 war mehr als nur die Erweiterung der „alten“ Bundesrepublik um fünf „neue“ Bundesländer und Ost-Berlin. Klar wurde dies auch den westdeutschen Zeitgenossen spätestens mit der Hauptstadtdebatte von 1991, in der Bilder der „Bonner“ und „Berliner“ Republik zeitgenössische Geschichts-, Gegenwarts- und Zukunftsdeutungen einer nach Orientierung suchenden Gesellschaft spiegelten. Im Fokus der interdisziplinären Tagung standen daher nicht nur die Prozesse der Entscheidungsfindung im Parlament, die zum Berlin-Umzug führten, sondern auch deren Topoi (Sektion 1). Da die Kontroverse um den künftigen Parlaments- und Regierungssitz weit über den Deutschen Bundestag hinausreichte, widmete sich die zweite Tagungssektion den Diskursen in Medien und Öffentlichkeit. Die dritte Sektion beschäftigte sich schließlich mit den in den Geschichtswissenschaften bislang vernachlässigten Aspekten der Parlamentsarchitektur und -kunst, die ihrerseits spezifische Deutungsangebote generierten.

Im ersten Panel „Bonn oder Berlin? Debatte und Entscheidung im Parlament“ führte DIETMAR TILL (Tübingen) aus rhetorikwissenschaftlicher Perspektive in die Topoi, das heißt „textübergreifende Argumentationsmuster und Grundelemente der gesellschaftlichen Selbstkonstitution“, der Bundestagsdebatte vom 20. Juni 1991 ein. Die Hauptstadtdebatte stelle eine Ausnahme in der sonst üblichen parlamentarischen Praxis dar, da das Abstimmungsergebnis nicht bereits im Vorfeld kalkuliert werden konnte und die Abgeordneten nicht nach der Mehrheitslinie ihrer Fraktionen abstimmten. Darüber hinaus habe sich die Debatte durch eine respektvolle Rhetorik der Höflichkeit und Überparteilichkeit ausgezeichnet, worauf die zeitgenössische Deutung als „Sternstunde des Parlamentarismus“ zurückzuführen sei. Die auf die Umzugskosten und die Kontinuität der „alten Bundesrepublik“ abzielende Argumentation der Bonn-Unterstützer habe

insbesondere gegenüber der im Vergleich visionären „Einordnung der Berlin-Entscheidung in eine zwingende Geschichtslogik Deutschlands“, wie sie namentlich vom CDU-Politiker Wolfgang Schäuble formuliert worden sei, bloss gewirkt. Wenngleich Schäubles Rede nicht, wie in der medialen Berichterstattung bis heute kolportiert würde, die „Wende“ gebracht habe, hatte sie laut Till doch eine starke Orientierungsfunktion für den weiteren Diskussionsverlauf.

Im Anschluss referierte DOMINIK GEPPERT (Potsdam) über die Entscheidungsfindungsprozesse in den Bundestagsfraktionen im Vorfeld der entscheidenden Plenardebatte. Er resümierte, die herkömmlichen Verfahrensweisen der Entscheidungsfindung hätten in den Fraktionen als Garanten für Stabilität und Repräsentation im parlamentarischen Betrieb nicht gegriffen, da regionale, konfessionelle und generationelle Differenzen und nicht die sonst strukturbildenden ideologischen Scheidelinien zwischen den Fraktionen für das Abstimmungsverhalten entscheidend gewesen seien. Die „Sternstunde“ des Debattenparlaments habe auf dem „Versagen der Mechanismen des Arbeitsparlaments“ beruht. Nicht übersehen werde dürfe jedoch, dass das Parlament auch in dieser Ausnahmesituation in der Lage gewesen sei, Kompromisse herbeizuführen. Denn mit dem Berlin-Votum setzte sich genau jener Antrag durch, der mit seinen umfangreichen Ausgleichslösungen den stärksten Konsenscharakter hatte. Insofern, so Geppert, sei die knappe Mehrheit für Berlin auch ein Höhepunkt erfolgreicher parlamentarischer Konsensbildung gewesen.

Die in der Plenardebatte gezeichneten Hauptstadtbilder waren Gegenstand des Vortrags von GUIDO THIEMEYER (Düsseldorf). „Bonn“ und „Berlin“ seien in dieser Debatte um das kollektive Selbstverständnis der Bundesrepublik als „Spiegelbilder“ und „Schaufenster“ der Nation konstruiert worden. Interessant sei, dass – bei allen Differenzen in der Frage Bonn oder Berlin – die zentralen Werte zwischen den antagonistischen Lagern geteilt, wenn auch nicht unbedingt gleich ausgelegt worden seien. Zentral sei der Topos der Glaubwürdigkeit gewesen, auf den etwa die Berlin-Befürworterin Monika Geiger – „Wir haben immer an der Hauptstadt Berlin festgehalten“ – ebenso rekurrierte wie umgekehrt der Bonn-Unterstützer Norbert Blüm. Dieses starke Maß an rhetorisch geteilten, politischen Normen und Werten über alle fraktionellen, regionalen, generationellen und konfessionellen Differenzen hinweg illustrierte, so Thiemeyer, dass das Selbstverständnis der Bundesrepublik bei der Debatte um den Standort des zukünftigen Parlaments- und Regierungssitzes im Zuge der nationalen Wiedervereinigung nicht grundsätzlich neu ausgehandelt werden sollte. Die Bundesrepublik verstand sich weiterhin als stabile Demokratie mit einem ausgeprägten Föderalismus und einer proeuropäischen Orientierung.

Im Zentrum des Vortrages von BETTINA TÜFFERS (Berlin) standen die ostdeutschen Abgeordneten, die nach der Wiedervereinigung in den Bundestag, also zunächst nach Bonn gekommen waren. Nach dem Einzug von 144 ehemaligen Abgeordneten der Volkskammer in den 12. Bundestag im Dezember 1990 habe sich das eingespielte parlamentarische Prozedere nicht verändert. Auch deshalb hätten viele ostdeutsche Abgeordnete schnell mit der „kalten Professionalität“, den Logiken der Mediendemokratie und dem vergleichsweise konfliktreichen Umgangsstil in Bonn „gefremdelt“, am stärksten die Vertreter von PDS und Bündnis 90. Zwar hätten in der Hauptstadtdebatte die meisten Ostdeutschen für Berlin gestimmt, doch zeigten insbesondere die 21 Nein-Stimmen von CDU-Abgeordneten aus Sachsen und Thüringen, dass nicht von einem homogen „ostdeutschen“ Abstimmungsverhalten gesprochen werden könne. Während die Argumente der Ostdeutschen für Berlin kaum von jenen der Westdeutschen differierten, erwies sich die Befürchtung einer erneuten Zentralisation des Staates in Berlin als eine spezifisch ostdeutsche Perspektive der Berlin-Gegner.

Über bundesrepublikanische „Mental Maps“ des „Westens“ am Ende des Kalten Krieges referierte MARTINA STEBER (München) im zweiten Panel „Über Bonn und Berlin: Der Diskurs in Medien und Öffentlichkeit“. „Mental Maps“ als kollektiv imaginierte Landkarten mit ihrer Mischung aus Geographie und politisch-kulturellen Zuschreibungen seien nach der Wiedervereinigung neu verhandelt worden: Wo lag der „Westen“ nach dem Zerfall des „Ostblocks“? Die Hauptstadtdebatte habe eine Scharnierfunktion zur Aushandlung von Geschichte, Gegenwart und Zukunft des „Westens“ gehabt mit Bonn bzw. Berlin als hervorgehobenen Metaphern. Berlin wurde von seinen Gegnern als Symbol für den preußischen Militarismus und für einen anti-westlichen „Sonderweg“ Deutschlands gedeutet, während die Anhänger Berlins die aufklärerische Tradition Preußens akzentuierten. Interessant sei nach Steber insbesondere die Universalisierbarkeit des Terminus „Westen“ gewesen. Der „Westen“ als Chiffre für Demokratie und Marktwirtschaft sei von seiner geographischen Komponente entkoppelt worden, womit die spätere Ost-Erweiterung von EU und NATO in der deutschen Hauptstadtdebatte antizipiert worden sei.

Aus der Sicht einer teilnehmenden Beobachterin referierte GERTRUDE CEPL-KAUFMANN (Düsseldorf) über die Kulturtopographie der Bonner Republik. Rückblickend auf die sozialdemokratische Wählerinitiative der 1960er- und 1970er-Jahre und das Engagement von Intellektuellen wie Günter Grass, akzentuierte Cepl-Kaufmann zum einen die Politisierungs-, Mobilisierungs- und Demokratisierungsdynamik der 1960er-Jahre, zum anderen die polyzentrische, von bürgerschaftlichem Engagement getragene kulturelle Landschaft der Bonner Republik, die in den Jahrzehnten der nationalen Teilung keine Metropole wie Berlin hatte. Statt einer Hauptstadt, in der Politik, Medien und Kunst an einem Ort zentralisiert gewesen seien, sei die Bonner Republik auch mit dem VW-Bus auf Wahlkampftour erfahrbar gewesen. Als Kritiker der deutschen Wiedervereinigung habe Grass daher lediglich für eine föderalistische Vereinigung, eine „Kulturnation“, plädiert, die Zeit bekommen sollte, um zusammenzuwachsen.

Das dritte Panel „Von Bonn nach Berlin-Mitte: Die Rückkehr ins Reichstagsgebäude“ begann mit dem Bericht von GEORG MÖLICH (Bonn) über „Preußen“ als Argumentationsreservoir in der Hauptstadtdebatte. Wenngleich dies in der Parlamentsdebatte kaum explizit verbalisiert worden sei, habe eine große Mehrheit der Bonn-Befürworter Berlin auch mit Blick auf dessen preußische Vergangenheit und den damit verbundenen Zuschreibungen von Militarismus, Expansionismus und Obrigkeitshörigkeit abgelehnt. So seien derartige Vorbehalte nur acht Wochen nach der Hauptstadtdebatte im Rahmen der Überführung der sterblichen Überreste der Preußenkönige Friedrich I. und II. von Bonn nach Potsdam medial reaktiviert worden. Da anti-preußische Berlin-Stereotype bei der Hauptstadtdebatte eher subkutan gewirkt hätten und schwer nachweisbar seien, plädierte Mölich für eine Ausweitung des Blicks auf verwandte Diskurse der frühen 1990er-Jahre.

Ebenfalls auf den Erfahrungsraum des Kaiserreichs konzentrierte sich LENNART BOHNENKAMP (Braunschweig) in seinem Vortrag über die Hauptstadtdebatten seit 1867. Berlin habe als doppelte Hauptstadt in Preußen und auf Reichsebene schon lange in der Kritik gestanden, insbesondere in Sorge vor einer immer stärker werden Zentralisierungsdynamik. Zwischen 1910 und 1914 kam es etwa zu einer heftigen Debatte über den Standort des künftigen Kolonialgerichtshofs, bei der vor allem die katholische Zentrumspartei sich vehement gegen Berlin ausgesprochen habe. Bohnenkamp fasste die Hauptstadtdebatten als einen Grundkonflikt zwischen der Vorstellung eines „hegemonialen Föderalismus“ auf der einen und einem „dezentralen Föderalismus“ auf der anderen Seite zusammen. Die Kernfrage des Verhältnisses Preußens zum Reich und das Nebeneinander der Berliner Parlamente seien auch in der Weimarer Republik nicht auf parlamentarischem Wege gelöst worden.

Die symbolpolitische Bedeutung des Reichstagsgebäudes in dieser Diskussion beleuchtete WOLFRAM PYTA (Stuttgart). In der antifaschistischen Doktrin der DDR sei das vom Architekten Paul Wallot entworfene Reichstagsgebäude in Abgrenzung zum nationalsozialistischen Terror, der mit dem Reichstagsbrand begonnen habe, positiv interpretiert worden. Auch in der Bundesrepublik sei das alte Gebäude in Zeiten der Teilung als Nationalsymbol erhalten geblieben. Dennoch habe in der Plenardebatte vom 20. Juni 1991 keiner der Berlin-Befürworter diese symbolische Aufladung des Wallot-Baus in symbolisches Kapital umzumünzen versucht. Zu negativ besetzt erschien die deutsche Nationalgeschichte insbesondere auf Seiten der politischen Linken.

Ein Schlaglicht auf die Berliner Schlossplatz-Debatte nach 1989 warf KRISTIN MEISSNER (Potsdam). Im Zuge der Auseinandersetzung von Lokalpolitik und Bürgerinitiativen sei die Zugehörigkeit von Akteuren zum öffentlichen Raum ausgehandelt worden; zudem hätten Raum-, Geschichts- und Gesellschaftsvorstellungen miteinander korrespondiert. Während einige Bürgerinitiativen sich für eine möglichst originalgetreue Rekonstruktion der Prunkbauten Berlins aus der Kaiserzeit und für eine auf Wirtschafts- und Tourismusförderung abzielende Stadtplanung engagiert hätten, bevorzugten linksalternative Initiativen einen Umbau der Stadt nach Gesichtspunkten des Mitspracherechts und warnten vor Gentrifizierung. Laut Meissner seien jedoch vor allem die historisierenden Bürgerinitiativen als zivilgesellschaftliche Interessensvertretungen von den Stadtplanern berücksichtigt worden, was ganz im Zeichen eines neoliberalen Zeitgeistes in den 1990er-Jahren gestanden habe.

Die zentrale These des Vortrages von BENEDIKT WINTGENS (Berlin) war die einer Deutung des Kunstprojekts „Wrapped Reichstag“ als Übergangsritus von der „Bonner“ hin zur „Berliner“ Republik. Der im Sommer 1995 vom Künstlerehepaar Christo und Jeanne-Claude verhüllte Reichstag habe vielen Zeitgenossen als Symbol fröhlicher Urbanität und heiterer Weltläufigkeit gegolten, wodurch das zunächst sehr umstrittene Projekt eine kulturelle Sogwirkung entfalten konnte. Die Verhüllungsaktion sei aufgrund der Funktion des Ein- und Auspackens, d. h. des Präsentierens eines Effektes von „Vorher-Spannung-Nachher“, anschlussfähig an eine nach dem Ende des Kalten Krieges nach Orientierung suchende Gesellschaft gewesen. Darüber hinaus sei einer „Verpackung“ stets eine Schutzfunktion inhärent, was der überaus bedeutsamen Rolle des Parlaments als dem zentralen Ort der Demokratie würdig gewesen sei. Beispiele von Verhüllungen aus der christlichen und jüdischen Liturgie untermauerten die nahezu religiöse Aufladung der Symbolik der Verhüllung des „Hohen Hauses“ als Liturgie des Übergangs.

Schließlich widmete sich MERLE ZIEGLER (Berlin) der Reichstagskuppel des Architekten Norman Foster mit ihrem ikonischen Charakter als „Symbol der Berliner Republik“. Die gläserne, begehbare Kuppel habe mit der Bildsprache von Transparenz, Modernität und Bürgernähe einen Kontrast zum wilhelminisch-monumentalistischen Reichstagsgebäude formuliert. So habe die Glaskuppel als Ausweis für einen demokratischen Neuanfang des Reichstages ebenso wie als Symbol des Übergangs von der „Bonner“ hin zur „Berliner“ Republik gedeutet werden können. Der Erfolg der „Spektakelarchitektur“ der Reichstagskuppel, die durch ihre Spiegelsäule Tageslicht in den Plenarsaal lenkt und zu besonderen Anlässen nachts erhellt werden kann, als Symbol und Touristenmagnet liege gerade in ihrer Deutungsoffenheit.

**Konferenzübersicht:**

Dominik Geppert (Potsdam): Begrüßung und Eröffnung

**Panel I: Bonn oder Berlin? Debatte und Entscheidung im Parlament**

Dominik Geppert (Potsdam): Die Entscheidungsfindung in den Bundestagsfraktionen

Dietmar Till (Tübingen): Die Topoi der Plenardebatte

Guido Thiemeyer (Düsseldorf): Die Hauptstadtbilder in der Bundestagsdebatte vom 20. Juni 1991

Bettina Tüffers (Berlin): Berlin-Bonn und zurück. Ostdeutsche Abgeordnete im Bundestag 1990–1999

**Panel II: Über Bonn und Berlin: Der Diskurs in Medien und Öffentlichkeit**

Martina Steber (München): Angekommen – aber wo? Bundesrepublikanische „Mental Maps“ des „Westens“ am Ende des Kalten Krieges

Gertrude Cepl-Kaufmann (Düsseldorf): Die Kulturtopographie der Bonner Republik

**Panel III: Von Bonn nach Berlin-Mitte: Die Rückkehr ins Reichstagsgebäude**

Georg Mölich (Bonn): „Bonn [wird] unter den preußischen Stiefelspitzen zerquetscht.“ „Preußen“ als Faktor und Argumentationsreservoir

Lennart Bohnenkamp (Braunschweig): Als der Reichstag (fast) nach Kassel kam. Politische Debatten über den Status Berlins als doppelte Hauptstadt von 1867 bis 1933

Wolfram Pyta (Stuttgart): Die symbolpolitische Bedeutung des Reichstagsgebäudes zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung

Kristin Meißner (Potsdam): Von alten Bauten und einer neuen Gesellschaft. Die Berliner Schlossplatz-Debatte nach 1989

Benedikt Wintgens (Berlin): „Wrapped Reichstag“. Ein Übergangsritus von der Bonner zur Berliner Republik

Merle Ziegler (Berlin): Die Reichstagskuppel seit 1999

Abschlussdiskussion und Ausblick

Zitation

Tagungsbericht: Ende der Bonner Republik? Der Berlin-Beschluss 1991 und sein zeithistorischer Kontext, 24.06.2021 – 25.06.2021 digital (Berlin), in: H-Soz-Kult, 14.08.2021, [www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9021](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9021).

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact [hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de](mailto:hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de).

[Nach oben ↑](#)

[/ Tagungsberichte](#)